



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde  
am 30.05.2023, 18:00 Uhr,  
im Paul-Wunderlich-Haus, Sitzungssaal (Erdgeschoss Haus A),  
Am Markt 1, 16225 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 39. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 02.05.2023
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Informationen des Vorsitzenden
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Bericht des Leiters der Polizeiinspektion Barnim bzw. eines Vertreters
- 8 **Vorlage:** I/0034/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
20 - Kämmerei  
**Haushaltssperre 2023 gemäß § 71 BbgKVerf**
- 9 Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
- 10 Genehmigung von Eilentscheidungen
- 11 Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 11.1 **Vorlage:** BV/0859/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
37 - Amt für Brandschutz  
**Feuerwehrkostenersatzsatzung**

- 11.2 **Vorlage:** BV/0856/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
61 - Stadtentwicklungsamt  
**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 310 "Ackerstraße 6" Einleitungsbeschluss nach § 12 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13a BauGB**  
Vorlage: BV/0856/2023
- 11.3 **Vorlage:** BV/0832/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
01.2 - Referat für Beteiligungsverwaltung  
**Verlängerung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde, der Hochschule für nachhaltige Entwicklung und der Stiftung WaldWelten**
- 11.4 **Vorlage:** BV/0849/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
83 - Zoo  
**Annahme von Sachspenden und Geldspenden für den Zoologischen Garten Eberswalde**
- 11.5 **Vorlage:** BV/0863/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft  
**Vergabe- und Projektkostenbeschluss - Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde Stadtmitte - Löwenapotheke**
- 11.6 **Vorlage:** BV/0865/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
30 - Rechtsamt  
**Vorschlagsliste für Schöffen**
- 11.7 **Vorlage:** BV/0862/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur  
**Prüfauftrag Bahnsteige am Hauptbahnhof besser erreichbar machen**
- 11.8 **Vorlage:** BV/0871/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
Fraktion Die LINKE.  
**Offener Brief der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde an die Bundesregierung**
- 12    Informationsvorlagen
- 12.1 **Vorlage:** I/0033/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
20 - Kämmerei  
**Information zu Spenden und Sponsoring der Stadt Eberswalde**

13. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

13.1 **Anfrage:** AF/0111/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenschaft  
**Anfrage zur Sanierung von Straßen im Stadtgebiet bis 2026**

13.2 **Anfrage:** AF/0012/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
**Bahnhaltepunkte Oderberger Straße**

## **TOP 1**

### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung (StVV), eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:00 Uhr.

Herr Hoeck begrüßt alle Anwesenden zur Hybridsitzung der StVV der Stadt Eberswalde, an der nachstehende Stadtverordnete mit begründeten und von ihm genehmigten Anträgen gemäß § 34 Abs. 1a BbgKVerf per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

	<b>gemäß Antrag vom:</b>	<b>und Genehmigung vom:</b>
Herr Dietterle	22.05.2023	22.05.2023
Frau Walter	22.05.2023	22.05.2023

Der per Video zugeschaltete Stadtverordnete Herr Dietterle teilt auf Nachfrage mit, dass die Video- und Audioübertragung funktioniert.

Frau Walter ist zu Beginn der Sitzung noch nicht per Videozuschaltung anwesend.

## **TOP 2**

### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Herr Hoeck stellt fest, dass 28 Stadtverordnete (davon 27 in Präsenz und 1 per Videozuschaltung) sowie der Bürgermeister anwesend bzw. zugeschaltet sind, mithin **29 Stimmberechtigte, (Anlage 1).**

### TOP 3

#### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 39. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 02.05.2023**

*Herr Zinn teilte mit E-Mail vom 25.05.2023 mit, dass im TOP 8 die Worte „Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt“ durch die Worte „Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration“ ersetzt werden müssen.*

*Weiterhin muss folgender Satz mit aufgenommen werden: „Er ist der Ansicht, dass, sofern Herr Voigt im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt, den für die Seniorinnen und Senioren wichtigsten Ausschuss, anwesend ist, die Themen angesprochen werden sollten.“*

Die Einwendungen sind korrekt. Die Niederschrift wurde dahingehend angepasst.

Frau Oehler teilt mit, dass sie unter TOP 12.1 in der StVV am 02.05.2023 „Vergabebericht der Stadt Eberswalde“ zum Prozedere der Abstimmung angefragt habe. Sie fragt, ob es dazu eine Information gebe.

Herr Berendt teilt mit, dass die Antwort zur nächsten StVV nachgereicht werde.

Herr Zinn merkt an, dass es qualitativ bessere Niederschriften gegeben habe. Er führt aus, dass etliche Zusammenhänge sinnentstellt seien. Er bittet, dass alle niederschriftsrelevanten Ausführungen in allen Ausschüssen in ordentlicher Qualität wiedergegeben werden.

Frau Funk, Herr Jur und Herr Wiebke nehmen ab 18:04 Uhr an der Sitzung teil (**32 Stimmberechtigte**).

### TOP 4

#### **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Hoeck teilt mit, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichte Anfrage AF/0112/2023 „Bahnhaltdepunkte Oderberger Straße“ (**Anlage 2**) vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde und somit Bestandteil der Tagesordnung ist.

Die von der Verwaltung eingereichte Informationsvorlage I/0034/2023 „Haushaltssperre 2023 gemäß § 71 BbgKVerf“ (**Anlage 3**) wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt. Aufgrund der nicht fristgerechten Einreichung der Informationsvorlage zur heutigen Sitzung ist durch den Einreicher der Informationsvorlage die Eilbedürftigkeit zu begründen.

Herr Berendt begründet die Eilbedürftigkeit damit, dass es eine rechtliche und zeitliche Unabdingbarkeit gebe. Demnach sei gemäß § 71 BbgKVerf die am 26.05.2023 erlassene Haushaltssperre unverzüglich der Stadtverordnetenversammlung bekannt zu geben.

Herr Berendt schlägt vor, die Informationsvorlage I/0034/2023 „Haushaltssperre 2023 gemäß § 71 BbgKVerf“ als neuen Tagesordnungspunkt TOP 8 zu behandeln, da es keine weiteren Informationen aus der Stadtverwaltung gebe.

**Abstimmungsergebnis, ob die Informationsvorlage I/0034/2023 „Haushaltssperre 2023 gemäß § 71 BbgKVerf“ als neuer TOP 8 (statt Informationen aus der Stadtverwaltung) Bestandteil der Tagesordnung werden soll:** einstimmig zugestimmt

Ferner wurde vor der Sitzung ein Vermerk des Rechtsamtes (**Anlage 4**) zur Beschlussvorlage BV/0871/2023 „Offener Brief der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde an die Bundesregierung“ an alle Stadtverordneten verteilt. Wie sich aus dem Vermerk des Rechtsamtes vom 26.05.2023 in Verbindung mit dem Schreiben der Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim vom 03.05.2023 (vgl. Anlage 3 zur Niederschrift über den öffentlichen Teil der StVV vom 02.05.2023) ergibt, wäre eine Befassung der StVV mit dieser Beschlussvorlage rechtswidrig und würde gegen verfassungsrechtliche Regelungen verstoßen. Ein etwaiger Beschluss müsste vom Bürgermeister beanstandet werden.

Herr Walter teilt im Namen der einreichenden Fraktion DIE LINKE. mit, dass seine Fraktion der im Vermerk geäußerten Rechtsauffassung zwar nicht folge; um Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden, ziehe er jedoch heute die Beschlussvorlage zurück; er teilt mit, dass für die StVV im Juni 2023 eine neue, veränderte Beschlussvorlage eingereicht werde.

*Herr Zinn begrüßt es, dass in der heutigen StVV der Bericht des Leiters der Polizeiinspektion Barnim bzw. eines Vertreters auf der Tagesordnung stehe. Allerdings hätte er sich gewünscht, dass schon aus der Tagesordnung ersichtlich gewesen wäre, dass der Leiter der Polizeiinspektion Barnim sich heute durch Herrn Stephan Lampe, Leiter Führungs- und Revierdienst in der Polizeiinspektion Barnim, vertreten lasse. Er gehe davon aus, dass das Wesentliche der Berichterstattung die Polizeiliche Kriminalstatistik und das Verkehrsunfallgeschehen von 2022 sei; angesichts dessen hätte er sich gewünscht, dass eine entsprechende PowerPoint-Präsentation allen Stadtverordneten vor der Sitzung zur Verfügung gestellt worden wäre, um gezieltere Fragen stellen zu können.*

Herr Trieloff merkt an, dass er in der Hauptausschusssitzung am 25.05.2023 gegenüber den einreichenden Fraktionen angeregt habe, den bisher für den nichtöffentlichen Teil geplanten TOP 7 „Antrag auf Verhängung eines Ordnungsgeldes nach § 25 Abs. 5 i.V.m. § 21 BbgKVerf“ in den öffentlichen Teil zu verlegen.

Frau Oehler erklärt im Namen der einreichenden Fraktionen, dass Personal- und Disziplinarangelegenheiten gemäß Hauptsatzung nichtöffentlich zu behandeln seien und es daher dabei bleibe, dass der entsprechende Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil behandelt werde.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:** mehrheitlich zugestimmt

## TOP 5

### Informationen des Vorsitzenden

5.1 Das Antwortschreiben an die Einwohnerin aus der Einwohnerfragestunde der StVV vom 02.05.2023 wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 5**).

Frau Parys und Herr Parys nehmen ab 18:13 Uhr an der Sitzung teil (**34 Stimmberechtigte**).

## TOP 6

### Einwohnerfragestunde

#### 6.1 Einwohnerin:

- teilt zur Beschlussvorlage BV/0871/2023 „Offener Brief der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde an die Bundesregierung“ mit, dass sie heute stellvertretend für die Menschen vom Barnimer Bündnis für Frieden spreche; welches aus einem Zusammenschluss engagierter Menschen aus der Region entstanden sei, als der Krieg in der Ukraine publik gemacht worden sei; das Barnimer Bündnis für Frieden fordere Frieden auf Eurasien und in der Welt; sie erinnert an die Worte des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der gesagt habe: „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute zu schießen.“; sie begrüße die Beschlussvorlage der Fraktion DIE LINKE., dem Beispiel anderer Stadtverordnetenversammlungen folgend, einen Appell an die Bundesregierung zu richten; sie führt weiter aus, dass hinter dem Appell über 230 Bürgerinnen und Bürger aus dem Barnim stehen würden, die mit ihrer Unterschrift und ihrem Namen für Frieden und für Verhandlungen stünden; sie informiert, dass sie ihre Ausführungen (**Anlage 6**) sowie die Unterschriftenliste der Stadt Eberswalde überreichen werde; sie führt weiter aus, dass die Stadt Eberswalde seit 2018 Mitglied bei Mayors for Peace sei; sie appelliere an die Stadt Eberswalde, dass sie an das Friedensengagement von 2021 anknüpfen und sich für Weltfrieden einsetzen solle

#### 6.2 Einwohnerin:

- bedankt sich bei Herrn Walter, dass die Thematik „Offener Brief der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde an die Bundesregierung“ aufgegriffen worden sei; in diesem Zusammenhang teilt sie mit, dass ihr Freund Igor für die Ukraine gekämpft habe und erschossen worden sei; sie bittet alle Anwesenden, eine Schweigeminute für alle einzulegen, die bisher diesem Krieg hätten sinnlos ihr Leben lassen müssen

In Bezug auf Applaus von einer Person auf der Zuschauertribüne merkt Herr Hoeck an, dass keine offenen Bekundungen (weder Applaus, noch Buhrufe) erlaubt seien. Auf erneute Anfrage der Einwohnerin nach einer Schweigeminute, teilte Herr Hoeck mit, dass die Einwohnerfragestunde leider keinen Raum für eine Schweigeminute bietet, ihr Anliegen sei jedoch verstanden worden und jeder Einzelne könne individuell entscheiden, wie er damit umgehe.

Herr Hoeck schließt die Einwohnerfragestunde um 18:19 Uhr.

#### **TOP 7**

##### **Bericht des Leiters der Polizeiinspektion Barnim bzw. eines Vertreters**

Herr Hoeck beantragt Rederecht für Herrn Stephan Lampe, Erster Polizeihauptkommissar (EPHK), Leiter Führungs- und Reviervedienst in der Polizeiinspektion Barnim.

**Abstimmungsergebnis zum Rederecht:** einstimmig zugestimmt

Herr Lampe berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation (als **Anlage 7** im Bürger- und Ratsinformationssystem abrufbar) über die Kriminalität im Barnim.

Herr Dr. Mai nimmt ab 19:44 Uhr an der Sitzung teil (**35 Stimmberechtigte**).

#### **TOP 8**

**Vorlage:** I/0034/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

20 - Kämmerei

##### **Haushaltssperre 2023 gemäß § 71 BbgKVerf**

Herr Berendt berichtet über den aktuellen Stand der Haushaltssperre 2023 anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 8**).

Frau Walter nimmt ab 20:24 Uhr per Videozuschaltung an der Sitzung teil (**36 Stimmberechtigte**).

*Herr Zinn führt aus, dass er schon am Donnerstag im Hauptausschuss erstaunt gewesen sei: zwar habe er im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF) am 11.05.2023 wahrgenommen, dass es eine angespannte Haushaltslage gebe, er sei jedoch verwundert, dass nunmehr ein Szenario entwickelt und dramatisiert werde. Er hätte sich gewünscht, dass vor dem Hauptausschuss ein Sonderausschuss des AWF einberufen worden wäre, weil der AWF der federführende Fachausschuss sei. Sowohl er als auch Außenstehende könnten hineininterpretieren, dass die Gewerkschaft ver.di Schuld an der schlechten Haushaltslage sei. Er fragt, ob die Dezernenten vor der Sommerpause dazu in der Lage seien, für ihren jeweiligen Bereich zu skizzieren, was noch möglich sei und worauf verzichtet werden müsse, insbesondere was die Haushaltsplanung in 2024/2025 angehe. Herr Zinn merkt an, dass eine Aufgabenkritik und Personalbemessung von Nöten sei. Er meint, dass die Stadtverwaltung Eberswalde eine Verwaltung mit den kleinteiligsten Ämtern und Sachgebieten sei.*

Herr Berendt teilt mit, dass der Prozess der Erkenntnis, wo wir stehen und welche Gestaltungsoptionen die Stadt habe, sehr dynamisch gewesen sei. Er teilt weiter mit, dass er im ständigen Austausch mit dem Vorsitzenden des AWF, Herrn Passoke, gewesen sei. Er führt aus, dass sich der Erkenntnisprozess erst in den letzten Tagen konkretisiert und die Verwaltung

sich sehr wohl überlegt habe, welche Optionen für eine mögliche Klärung der aktuellen Situation bestehen könnten. Dieser Klärungsprozess sei von Woche zu Woche miteinander erörtert worden. Nach Durchschreiten des gesamten Prozesses werde nun das vorgestellt, was jetzt im Ergebnis vorliege. Alle Kolleginnen und Kollegen in den Fachämtern seien parallel angehalten, mit den gewonnenen Erkenntnissen in die Prüfung zu gehen, um zu prüfen, wo Ertragspotentiale und wo Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen bestünden. Ferner müsse geschaut werden, wo man Pflichtaufgaben auf das Notwendigste reduzieren könne und auch bei den freiwilligen Aufgaben Anpassungen vorgenommen werden können und müssen. Insofern sei eine Klärung angestoßen. Es gebe einen strukturierten Fahrplan über die Vorgehensweise. In Bezug auf die angesprochene Aufgabenkritik, weist Herr Berendt darauf hin, dass es dabei nicht bei allen Dingen um das Ob, sondern um das Wie gehe. Es sei ein herausfordernder Prozess, den es gemeinsam zu gestalten gelte.

Herr Weingardt bedankt sich bei Herrn Berendt für die sachliche Zusammenfassung. Er bittet die Verwaltung zu ergänzen, welche Rolle die städtischen Gesellschaften bei dieser Betrachtung spielen und welche Chancen und Risiken die Stadt sehe.

Ferner bittet er die Verwaltung, dass für die kommende Aufsichtsratssitzung der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) entsprechende Vorbereitungen dahingehend getroffen werden, warum die Stadt seit sechs Jahren auf Mieteinnahmen verzichte, die durch eine Erhöhung der Bestandsmieten hätten erzielt werden können und entsprechendes Ausgleichspotenzial, z. B. für das jetzt doch zu erwartende Defizit bei den Technischen Werken bzw. die Möglichkeit, welche andere Kommunen haben, als Ausgleich für das Haushaltsdefizit zu nutzen. Es sei eine Frage der Prioritätensetzung und es sei unliebsam, die Mietpreise zu erhöhen und Sozialleistungen zu streichen, jedoch müsse sich die Verwaltung künftig für einen Weg entscheiden. Er bittet alle Fraktionen künftig zu überlegen, was wichtig und was der Kern unserer Leistung sei, um einen Zustand zu erreichen, über den hinausgegangen werden könne. Ferner fragt er, ob allen bewusst sei, in welcher schwierigen Lage sich die städtische WHG befinde – sie schreibe zwar nach wie vor schwarze Zahlen, jedoch könnte die WHG einen erheblichen Beitrag zur Haushaltssituation der Stadt Eberswalde leisten, indem sie Abführungen machen könnte (sie habe pro Jahr einen zweistelligen Millionenbeitrag erwirtschaftet) – die Stadt verzichte seit sechs Jahren auf erhebliche Mieteinnahmen, mit denen die TWE hätte subventioniert werden können, die jetzt mit einem Millionendefizit aufwarte. Er würde sich wünschen, dass mit der Informationspolitik der städtischen Gesellschaften ein Richtungswechsel betrieben werde, so dass die Informationen nicht auf den Aufsichtsrat beschränkt seien, welcher keine Möglichkeit hat, diese an die StVV weiterzugeben.

Herr Berendt bittet um Nachsicht, dass am zweiten Arbeitstag nach Verhängung der Haushaltssperre noch nicht alle Fragen beantwortet werden können. Deshalb werde der Umgang mit den städtischen Gesellschaften geprüft und mögliche Optionen analysiert werden. Sobald Ergebnisse vorliegen, werde dazu vorgetragen und die Vertreter der Stadtpolitik einbezogen werden.

Um 20:40 Uhr wird eine 25-minütige Pause eingelegt.  
Die Sitzung wird um 21:05 Uhr fortgesetzt.

## **TOP 9**

### **Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen**

Die Fraktion SPD | BFE schlägt vor, Herr Matthias Buch als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen abuberufen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

Weiterhin schlägt die Fraktion SPD | BFE vor, Frau Monique Komisarzik in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu berufen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

#### **Beschlusstext.**

**Beschluss-Nr.: 40/388/23**

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Herrn Mathias Buch aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen ab.

Weiterhin beruft die Stadtverordnetenversammlung Frau Monique Komisarzik als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

## **TOP 10**

### **Genehmigung von Eilentscheidungen**

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

## **TOP 11**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

#### **TOP 11.1**

**Vorlage:** BV/0859/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

37 - Amt für Brandschutz

#### **Feuerwehrkostenersatzsatzung**

*Herr Zinn fragt zu Punkt 2.5 der Anlage der Beschlussvorlage, ob es sich hierbei um ein Einsatzfahrzeug handle. Des Weiteren fragt er, wer die Kosten für den Einsatz für durch schuldhaftes Versagen von Personen, die unter Alkohol stehen oder Menschen mit Behinderung, die beispielsweise einen Betreuer haben, trage.*

Herr Prof. König teilt mit, dass es sich um den Kommandowagen für den wachhabenden Einsatzleiter oder dem Leiter der Feuerwehr oder jemand anderen handele, der nicht direkt dem Einsatztrupp angehöre.

Herr Prof. König führt aus, dass, sofern die Person betreut werde, es im Regelfall einen Träger gebe, an den herangetreten werde. Sofern der Träger eine entsprechende Versicherung habe, werde diese herangezogen. Des Weiteren könne es dazu kommen, dass es einen vollstreckbaren Titel gebe, der von der Stadtkasse eingefordert werde.

*Herr Zinn fragt, ob der Kommandowagen auch aus Einsatzlagen heraus privat genutzt werden könne, wie z. B., um die Kinder wegzubringen. In diesem Zusammenhang fragt Herr Zinn, ob es hierfür dann eine gesonderte Rechnungslegung gebe.*

Herr Prof. König bemerkt, dass es sich um sehr konstruierte Fälle handelt, nach denen Herr Zinn frage. Allerdings sei tatsächlich einmal in einem ähnlich gelagerten Sachverhalt überlegt worden, wie dies zu betrachten sei. Seinerzeit sei es darum gegangen, eine ältere Person vom Einsatzort in eine andere Wohnung zu fahren. Er meint, in diesem Fall wären nicht etwa 5 km zusätzlich in Rechnung zu stellen oder dergleichen, sondern dies wäre von dem gemäß Nr. 2.5 mit 88,00 €/h abzurechnenden Einsatz umfasst. Man würde also beispielsweise drei Stunden für 88,00 €/h abrechnen, wenn der Einsatz drei Stunden umfasse, hierbei wäre dann die Fahrt mit drin.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 40/389/23**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Eberswalde einschließlich dem dieser Anlage beigefügten Kostenverzeichnis.

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Kalkulation der Kostentarife zur Feuerwehrkostenersatzsatzung der Stadt Eberswalde.

**TOP 11.2**

**Vorlage:** BV/0856/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

61 - Stadtentwicklungsamt

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 310 "Ackerstraße 6" Einleitungsbeschluss nach § 12 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13a BauGB**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 40/390/23**

**1. Aufstellungsbeschluss**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einleitung eines Verfahrens über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 310 „Ackerstraße 6“ gemäß § 12 Abs. 1 Baugesetzbuch

(BauGB) i. V. m. § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Zum Geltungsbereich des Einleitungsbeschlusses über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 310 „Ackerstraße 6“ gehören die folgenden Flurstücke:

Gemarkung Eberswalde, Flur 6, Flurstücke 738/2, 1634.

Das Plangebiet hat eine Größe von 1,38 ha.

Ziel der Planung ist die städtebauliche Neuordnung und Entwicklung des bisher gewerblich geprägten Grundstückes in ein Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO.

Der in der Anlage 1 beigefügte Übersichtsplan (unmaßstäblich) zum beabsichtigten Geltungsbereich ist Bestandteil des Einleitungsbeschlusses.

## **2. Auftrag zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung**

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.

## **3. Auftrag zur ortüblichen Bekanntmachung**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Einleitung eines Verfahrens über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie über die wesentlichen Auswirkungen der Planung ortsüblich bekannt zu machen.

Dabei ist gemäß § 13a Abs. 3 BauGB bekannt zu machen, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll.

### **TOP 11.3**

**Vorlage:** BV/0832/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

01.2 - Referat für Beteiligungsverwaltung

### **Verlängerung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde, der Hochschule für nachhaltige Entwicklung und der Stiftung WaldWelten**

Herr Lux erklärt sich als Mitglied des Stiftungsrates für diesen Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil (**35 Stimmberechtigte**).

*Herr Zinn hätte sich gewünscht, dass die Beschlussvorlage auch in den entsprechenden Fachausschüssen, Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt sowie Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, behandelt worden wäre. In Reflektion der ganzen Projekte wie Stiftungsrat und Stiftungsvorstand hätte er sich gewünscht, dass auch Kinder und Jugendliche beteiligt worden wären, da diese gefordert seien. Er habe sich gewundert, warum die Erste Beigeordnete die Beschlussvorlage unterzeichnet habe, die im Stiftungsvorstand sei. Ferner hätte er es begrüßt, dass die Beschlussvorlage von einem der Dezernenten unterzeichnet*

*worden wäre. Er habe sich gefragt, ob es an der Zeit wäre, die Kooperationsvereinbarung insgesamt zu novellieren und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.*

Frau Fellner teilt mit, dass sich die Verwaltung darauf verständigt habe, auf die Beteiligung der Ausschüsse zu verzichten und darüber in der Stadtverordnetenversammlung am 28.02.2023 durch den Bericht der Stiftung WaldWelten alle Stadtverordneten zu informieren, weil die Verwaltung davon ausgegangen ist, dass dies alle Stadtverordneten interessiert und damit alle den gleichen Informationsstand haben.

Frau Fellner erinnert daran, dass durch Herrn Götz und sein Team in der StVV Ausführungen über die Projekte getätigt worden seien, welche sich auch an Kinder und Jugendliche richteten. Frau Fellner teilt mit, dass sie die Beschlussvorlage in ihrer Rolle als Erste Beigeordnete als allgemeine Stellvertreterin des Bürgermeisters in dessen Abwesenheit unterzeichnet habe. Ferner gebe es keinerlei Interessenskonflikt in ihrer Rolle im Vorstand in der Stiftung WaldWelten, weil die Stadtverordneten sie ja als Vertreterin der Stadt Eberswalde für diese Funktion entsendet hätten.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 40/391/23**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beschließt

1. die Verlängerungsoptionen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde, der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und der Stiftung WaldWelten für das gemeinsame Projekt „Nachhaltige Entwicklung des Fördermittelmanagements der Stiftung“ bis 30.06.2028.
2. die Erhöhung des jährlichen Anteils der Stadt Eberswalde gemäß § 5 Abs. 2 der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde, der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und der Stiftung WaldWelten für das gemeinsame Projekt „Nachhaltige Entwicklung des Fördermittelmanagements der Stiftung“ von 8.000 Euro um 1.200 Euro auf 9.200 Euro ab dem 01.07.2024.
3. den Bürgermeister mit der Umsetzung der obigen Punkte 1 und 2 zu beauftragen.

#### **TOP 11.4**

**Vorlage:** BV/0849/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

83 - Zoo

**Annahme von Sachspenden und Geldspenden für den Zoologischen Garten Eberswalde**

Herr Lux nimmt wieder an der Sitzung teil (**36 Stimmberechtigte**).

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 40/392/23**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Annahme von Sachspenden in Höhe von 44.000,00 € und die Annahme von Geldspenden in Höhe von 100.000,00 € vom Verein der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens Eberswalde e.V. für das Haushaltsjahr 2023 laut beigefügter Liste.

Die Sachspende in Höhe von 50.000,00 € für die Innenausstattung Indoorspielplatz Spielgeräte etc. vom Verein der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens Eberswalde e.V. für das Haushaltsjahr 2022 wird zu einer Geldspende für das Haushaltsjahr 2023 umgewandelt.

#### **TOP 11.5**

**Vorlage:** BV/0863/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft

**Vergabe- und Projektkostenbeschluss - Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde Stadtmitte - Löwenapotheke**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 40/393/23**

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Vergabeverfahren durchzuführen und die Aufträge zur Realisierung des Bauvorhabens zu erteilen.

#### **TOP 11.6**

**Vorlage:** BV/0865/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

30 - Rechtsamt

**Vorschlagsliste für Schöffen**

Herr Hoeck weist darauf hin, dass sein Vater namentlich auf der Vorschlagsliste stehe. Nach Rücksprache mit dem Rechtsamt bestehe keine Notwendigkeit, dass sich er sich für befangen erkläre, weil kein unmittelbarer Vorteil durch die Beschlussfassung bestehe.

Frau Schindler erläutert das Procedere für das Schöffenamtsamt und teilt mit, dass für die Aufnahme eines Bewerbers in die Liste die Zustimmung von zwei Dritteln der an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder der Gemeindevertretung, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung, erforderlich sei (vgl. § 36 Abs.1 Satz 2 Gerichtsverfassungsgesetz – GVG). Da derzeit 36 Stimmberechtigte an der Sitzung teilnehmen, ist eine Mehrheit von 24 Ja-Stimmen erforderlich.

Herr Passoke erklärt, dass er die Liste aus seiner beruflichen Sicht als Strafverteidiger mit einem etwas anderen Blick sehe. Er meint daher, dass Leute, die in einer ermittelnden Behörde tätig sind, in einer Schöffensliste nichts zu suchen hätten – dies würde auch zu Befangenheitsanträgen in Strafprozessen führen. Dies betreffe vorliegend die Nr. 22 (eine Zollbeamtin) und die Nr. 23 (einen Polizeibeamten und Einsatztrainer). Ein Polizeibeamter

könne jederzeit Einsicht nehmen, in das, was ermittlungstechnisch erfolgt sei und hätte einen ganz anderen Stand als jemand der sozusagen als unbescholtener Bürger mit in dieser Schöffenrolle involviert sei. Er befürworte daher die beiden Nummern 22 und 23 hier nicht.

*Herr Zinn teilt mit, dass er bisher in drei Schöffenwahlausschüsse mitgearbeitet habe. Er gehe davon aus, dass einige Namen aus der Vorschlagsliste durch den Schöffenwahlausschuss fallen werden. Ferner gehe er davon aus, dass Frau Schindler mit dem Rechtsamt alle Positionen ordnungsgemäß geprüft habe, auch wenn der anwesende Rechtsanwalt anderer Meinung sei, der heute jedoch als Stadtverordneter zugegen sei.*

**Abstimmungsergebnis, ob im Block abgestimmt werden soll** (muss einstimmig erfolgen):  
mehrheitlich zugestimmt (notwendige Einstimmigkeit nicht gegeben)

Somit erfolgt die Abstimmung einzeln.

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 01: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 02: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 03: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 04: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 05: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 06: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 07: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 08: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 09: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 10: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 11: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 12: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 13: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 14: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 15: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 16: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 17: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 18: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 19: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 20: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 21: mehrheitlich zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 22: mehrheitlich zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 23: erforderliche Mehrheit nicht erreicht

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 24: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 25: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 26: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 27: mehrheitlich zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 28: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 29: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 30: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 31: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 32: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 33: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 34: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 35: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 36: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 37: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 38: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 39: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 40: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 41: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 42: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 43: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 44: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 45: erforderliche Mehrheit nicht erreicht

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 46: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 47: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 48: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 49: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 50: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 51: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 52: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 53: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 54: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 55: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 56: mehrheitlich zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 57: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 58: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 59: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 60: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 61: mehrheitlich zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 62: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 63: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 64: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 65: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 66: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 67: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

Abstimmungsergebnis zur Lfd.-Nr. 68: einstimmig zugestimmt mit der erforderlichen Mehrheit

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 40/394/23**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, aus der Bewerberliste für das Schöffenamts folgende Personen in die Vorschlagsliste der Stadt Eberswalde aufzunehmen:

Sarah Bessel

Wolf Biermann

Detlef Böttcher

Ingo Böttcher

Torsten Breit

Anja Brose

Jürgen Buro

Axel Busse

Hella Amelie Sophie von Dallwitz

Ronald Dassow

Randolf Klaus Dietrich

Kerstin Drews

Sara Eichhorst

Mario Rüdiger Ernst

Antje Fehrmann-Böttcher

Hanna Kalms

Uwe Krachudel

Petra Krause

Regina Kranz

Gabriele Krisp

Carola Kuhlbrodt

Eick Leusmann

Monika Susanne Liebenberg

Andrea Madel

Dr. Frank-Uwe Fritz Michler

Silke Modrow

Kerstin Muster

Doreen Ording

Doreen Pagel

Olaf Poguntke

Jens Fiedler  
Robert Franzke  
Petra Fritze  
Ulrike Glanz  
Hans-Joachim Paul Graf  
Andreas Kurt Göhring  
Sabine Graupe  
Doreen Nicole Hellwig  
Philipp Hellwig  
Dietmar Heinemann  
Marc Henkel  
Gabriele Hennrich  
Alexander Hentze  
Roland Herpel  
Mandy Heyfelder  
Michael Hildebrand  
Ralph-Peter Hoeck  
Bertram Juchems

Christiane Preuß-Grünger  
Kai Püschel  
Anka Regina Christine Rahn  
Matthias Riedel  
Dr. Ilka Roose  
Martina Anneliese Martha Sandow  
Jana Schemel  
Volker Schierhorn  
Ingo Falk Schubert  
Martin Taylor-Müller  
Christian David Vahrson  
Julia Voigt  
Lutz Volkmer  
Gina Weiland  
Marion Weiland  
Dr. Heiko Wolter  
Stefanie Worlitzer  
Michael Zimmermann

#### **TOP 11.7**

**Vorlage:** BV/0862/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

#### **Prüfauftrag Bahnsteige am Hauptbahnhof besser erreichbar machen**

Herr Schubert verlässt die Sitzung um 21:55 Uhr (**35 Stimmberechtigte**).

*Herr Zinn teilt im Namen der Fraktion Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenschaft mit, dass er der Beschlussvorlage zustimmen werde. Es sei ihm jedoch aufgefallen, dass einige Beschlussvorlagen nicht von der Behindertenbeauftragten der Stadt Eberswalde mitgezeichnet worden seien. Weiterhin hätte er sich gewünscht, dass hier ebenfalls der Behindertenbeauftragte des Landkreises Barnim mit einbezogen worden wäre, weil ebenfalls viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Barnim nach Eberswalde pendeln würden. Er empfehle, dass dieses Thema auch in den großen Runden besprochen werde. Es solle sich nicht auf die Haushaltssperre bezogen werden, sondern man müsse die Dinge strategisch im Blick haben. Er sehe dem Ganzen skeptisch entgegen, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren überhaupt etwas vorangehen werde. Die Stadt müsse sich nicht nur Leuchtturmprojekte, wie den RadBrückenSchlag, sondern auch die Dinge leisten, die die Bewohnerinnen und Bewohner generationsübergreifend auch tagtäglich in Anspruch nehmen können. Er ist der Ansicht, dass es eine Zumutung sei, wie die Vorfläche des Bahnhofs mit den Fahrrädern aussehe, obwohl es ein Fahrradparkhaus gebe. Herr Zinn appelliert daran, die Thematik „Barrierefreiheit“ ernst zu nehmen – es gebe ein Konzept aus dem Jahr 2010, auch wenn dieses seiner Ansicht nach überarbeitet werden müsse. Er ist der Meinung, dass die Stadt*

durch diese Beschlussvorlage ein Zeichen setzen könne, u. a. auch, weil die Stadt Host Town der Special Olympics World Games 2023 sei.

Herr Hoeck merkt an, dass die Behindertenbeauftragte lediglich bei städtischen Vorlagen und nicht bei Fraktionsvorlagen mitzeichne.

Am Ende der Diskussion nimmt der Einreicher der Beschlussvorlage die Anregungen der Fraktionen auf und ändert den Beschlussvorschlag dahingehend, dass im Punkt 1 nach der Passage „mit der Deutschen Bahn AG“ noch „und dem der Landesbetrieb Straßenwesen“ ergänzt wird, dass im Punkt 2 vorneweg ein „gegebenenfalls“ eingefügt wird sowie im Punkt 3 die Passage „bis zum 3. Quartal zu berichten“ in „bis zum Ende der Wahlperiode einen Zwischenbericht vorzulegen“ abgeändert wird.

Herr Zinn beantragt im Namen der Fraktion Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenenschaft namentliche Abstimmung.

Die namentliche Abstimmung wird vorgenommen.

<b>Nr.</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltung</b>
1	Banaskiewicz	Frank	X		
2	Blum	Simone	X		
3	Büschel	Sabine	X		
4	Prof. Creutziger	Johannes	X		
5	Dietterle	Oskar	X		
6	Eberhardt	Florian	X		
7	Fischer	Kurt	X		
8	Funk	Johanna	X		
9	Grohs	Stefan			X
10	Grohs	Uwe			X
11	Hiekel	Ronny	X		
12	Herrmann	Götz	X		
13	Hoeck	Martin	X		
14	Jede	Viktor	X		
15	Jur	Danko			X
16	Krieg	Thomas			X
17	Lösche	Katja	X		

18	Lux	Hardy			X
19	Dr. Mai	Hans		X	
20	Mertinkat	Christian	X		
21	Oehler	Karen	X		
22	Ortel	Dietmar			X
23	Parys	Heinz-Dieter		X	
24	Parys	Sabrina		X	
25	Passoke	Volker	X		
26	Stegemann	Thomas	X		
27	Sydow	Isabell			X
28	Trieloff	Götz	X		
29	Walter	Katharina	X		
30	Walter	Sebastian	X		
31	Weingardt	Tilo	X		
32	Wiebke	Torsten	X		
33	Wolfgramm	Mirko	X		
34	Wrase	Ringo	X		
35	Zinn	Carsten	X		

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

Herr Hiekel verlässt die Sitzung um 22:23 Uhr (**34 Stimmberechtigte**).

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 40/395/23**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung,

1. sich mit der Deutschen Bahn AG und dem Landesbetrieb Straßenwesen in Verbindung zu setzen, um zu prüfen, wie und unter welchen Voraussetzungen die beiden Fernbahnsteige von der Eisenbahnbrücke aus, wenn möglich, beidseitig mit Treppen und oder Aufzügen erreichbar zu machen sind,
2. gegebenenfalls die möglichen Kosten dieser Baumaßnahme für die Stadt Eberswalde zu ermitteln,
3. der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende der Wahlperiode einen Zwischenbericht vorzulegen, ob und zu welchen Kosten für die Stadt Eberswalde dieser Vorschlag umsetzbar wäre.

## TOP 12

### Informationsvorlagen

#### TOP 12.1

**Vorlage:** I/0033/2023      **Einreicher/zuständige Dienststelle:**  
20 - Kämmerei

#### **Information zu Spenden und Sponsoring der Stadt Eberswalde**

Herr Berendt teilt mit, dass allen Stadtverordneten eine Ergänzung zur Informationsvorlage (**Anlage 9**) vor der Sitzung verteilt wurde. Diese resultiere aus einer Nachfrage im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF) zu Spenden und Sponsoring der Stadt Eberswalde. Die erbetenen Informationen hätten sich auf die Zweckgebundenheit der Spenden für verschiedene Kitaeinrichtungen bezogen.

*Herr Zinn bezieht sich auf die Anlage Sachspendenbericht, Spendengeber: „Tasty City GmbH“ und fragt, ob es sich um einen Caterer im Familiengarten handle und was mit „20 Schutzhelme für den Familiengarten“ gemeint sei.*

Herr Prof. König teilt mit, dass es sich hierbei um den Caterer im Familiengarten handle, der Schutzhelme für Kinder, die mit dem Tretroller im Familiengarten unterwegs seien, gespendet habe.

*Herr Zinn merkt an, dass ausgewählte Kitas sehr privilegiert seien und scheinbar gute Sponsoren hätten. Weiterhin fragt er, was es mit der Position Bekanntgabe laut Beschluss Nr.: 31/320/22 vom 28.06.2022 „Dienstbekleidung für Mitarbeiter mit Zoo-Logo (T-Shirts, Regenjacken, Winterjacken)“ auf sich habe. Er fragt, ob hierfür der Arbeitgeber zuständig sei oder der Förderverein gespendet habe, weil sich auf den T-Shirts ein Logo befinde. Er gehe davon aus, dass die Dienstbekleidung durch den Arbeitgeber gestellt werde.*

Herr Prof. König teilt mit, dass der Förderverein dies zweckgebunden gespendet habe. Grundsätzlich stelle der Arbeitgeber Schutzkleidung, jedoch unterstütze der Förderverein die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zoos, die den Zoologischen Garten so liebenswert machen. Ein Logo vom Förderverein auf der Kleidung sei ihm nicht bekannt.

## TOP 13

**Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

#### TOP 13.1

**Anfrage:** AF/0111/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenentschaft

**Anfrage zur Sanierung von Straßen im Stadtgebiet bis 2026**

Frau Fellner teilt mit, dass das Antwortschreiben zur Anfrage von Herrn Jede zur „Sanierung von Straßen im Stadtgebiet bis zum Jahr 2026“ (**Anlage 10**) allen Stadtverordneten vor der Sitzung verteilt wurde.

Frau Lösche verlässt die Sitzung um 23:28 Uhr (**33 Stimmberechtigte**).

**TOP 13.2**

**Anfrage:** AF/0112/2023

**Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Bahnhaltepunkte Oderberger Straße**

Frau Fellner teilt Folgendes mit:

Im Entwurf des Landesnahverkehrsplanes 2023 bis 2027 seien eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen des Bahnhofskonzeptes Plus aufgeführt. Zu diesen gehöre der Neubau der Station Eberswalde-Nord als Haltepunkt mit einem anvisierten Fertigstellungstermin im Jahr 2026. Die Stadt Eberswalde habe im Sommer 2022 eine Stellungnahme zu dem Planwerk abgegeben, in der das geplante Infrastrukturvorhaben „Neubau der Station Eberswalde-Nord“ positiv bewertet werde. Nach der Sichtung und abschließenden Bearbeitung aller thematischen Einwendungen soll nun das finale Dokument erstellt und im Sommer 2023 vorgelegt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Liegt der Stadt Eberswalde bereits ein konkreter Vorschlag für einen Standort des Haltepunktes vor?

Am 07.10.2021 habe auf Einladung der Deutschen Bahn AG ein vor Ort Termin mit allen zuständigen Behörden (Landesbetriebe Straßenwesen, Deutsche Bahn, Niederbarnimer Eisenbahn [NEB Betriebsgesellschaft mbH], der Stadt Eberswalde, etc.) stattgefunden. Im Nachgang wurde der Stadtverwaltung zur Information zwei Planungsvarianten (Variante 1: Zugang zum Bahnsteig von der Oderberger Straße vs. Variante 2: Zugang zum Bahnsteig von der Breiten Straße sowie der Ackerstraße) zur Kenntnis übermittelt.

Im Anschluss daran habe sich die Stadtverwaltung per E-Mail am 06.05.2022 für den Standortvorschlag 2 (Ackerstraße) aus fachlicher Sicht ausgesprochen.

In diesem Zusammenhang habe ein weiteres Abstimmungs- bzw. Informationsgespräch mit der Deutschen Bahn am 23.02.2023 stattgefunden, in dem der Stadtverwaltung der Standortvorschlag 2 näher erläutert worden sei.

2. Welche planungsrechtlichen Schritte sind für die Errichtung eines Haltepunktes erforderlich und welcher zeitliche Rahmen ist dafür voraussichtlich einzuplanen?

Nähere Information zum Stand der Planung bzw. zeitlichem Rahmen liegen uns nicht vor. Aus Sicht der Stadtverwaltung sei für die Maßnahme mindestens ein Plangenehmigungsverfahren erforderlich. Abstimmungsreife Unterlagen seien der Stadtverwaltung diesbezüglich noch nicht übermittelt worden.

3. Welche baulichen Maßnahmen sind durch die Stadt ggf. zu planen, z. B. für:

- barrierefreie Zuwegungen
- Abstellanlagen für Fahrräder und PKW
- Verknüpfung mit dem Busnetz?

Von Seiten der Deutschen Bahn seien keinerlei Entwicklungen im Umfeld mit geplant (Radabstellanlagen, Stellflächen für Pkw, barrierefreie Zuwegung bzw. Anbindung an die Ackerstraße). Nach Ansicht der Stadt müsse auch die Entwicklung des Umfeldes bei einer neuen Verkehrsstation integriert betrachtet werden. Hierbei gelte es, rechtliche Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten zu prüfen. Bei Vorlage konkreterer Planungen seien diese Aspekte mit der Bahn im Detail abzustimmen.

4. Ergeben sich aus der geplanten Entwicklung des Wohngebietes an der Ackerstraße aus Sicht der Stadt besonders zu berücksichtigende Anforderungen bzgl. des neuen Haltepunktes?

In diesem Zusammenhang favorisiere die Stadt den Standortvorschlag 2 mit einem möglichen zusätzlichen Zugang zum Bahnsteig von der Ackerstraße. Damit seien aber auch Aufwendungen hinsichtlich Wege- und Straßenbau zu berücksichtigen bzw. einzuplanen.

Notwendige Maßnahmen der Lärmvorsorge werden in den nächsten Abstimmungsgesprächen mit der Deutschen Bahn von Seiten der Stadt geltend gemacht.

### 13.3 Frau Fellner:

- nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Jede unter TOP 10.5 der StVV vom 24.05.2022, mit der er zunächst um eine Auflistung gebeten habe, welche Grundstücke zu welchem Preis verpachtet worden seien; diese Anfrage habe Herr Jede in der StVV am 27.09.2022 unter TOP 10.11 sodann dahingehend präzisiert, dass sich die Anfrage auf Grundstücke ab 100 Quadratmetern, ausgenommen Garten und Gartengrundstücke, beziehe; Frau Fellner bittet um Nachsicht, dass die Beantwortung bisher leider nicht möglich gewesen sei, weil einerseits immer noch eine erhebliche personelle Not im Liegenschaftsamt bestehe und zum anderen dort wirklich aufwändige Themen bearbeitet werden mussten und teilweise noch müssen (Einheimischenmodell, die Erklärung zu den Einheitswertbescheiden für die Grundsteuer für etwa 3.000 Flurstücke der Stadt Eberswalde, Anpassungen von etwa 600 Verträgen aufgrund von umsatzsteuerrechtlichen Änderungen, die dann aufgrund einer Gesetzesänderung wieder rückgängig gemacht werden mussten); sie hoffe, dass sie die Antworten auf die konkretisierte Anfrage von Herrn Jede in der Juni-Sitzung bzw. allerspätestens in der September-Sitzung 2023 nachreichen könne

Herr Jede erklärt sich damit einverstanden, weist jedoch darauf hin, dass er die Aufstellung der Pachtpreise zum Stand Mai 2022 wissen möchte. Sofern es Veränderungen gegeben habe, wolle er ferner wissen, warum diese vorgenommen worden seien.

Frau Fellner teilt mit, dass ihres Wissens gegenüber Stand Mai 2022 keine größeren Pachtpreisanpassungen vorgenommen worden seien. Weiterhin werde derzeit geprüft, inwieweit diese Informationen öffentlich bzw. nichtöffentlich gegeben werden können.

#### 13.4 Herr Banaskiewicz:

- fragt, bezugnehmend auf die Haushaltssperre 2023, wie sich diese auf das Funktionsgebäude des Westend-Stadions auswirke; weiterhin merkt er an, dass die Stadtverordneten informiert werden sollten, wie die Bausumme zustande gekommen sei

Frau Fellner teilt mit, dass nach Absprache mit Herrn Berendt eine Beschlussvorlage zur Entwurfsplanung in der Sitzung im Juni 2023 im ASWU, ABJS, HA und in der StVV eingebracht werde. Weitere Planungen müssen in der Haushaltsdiskussion besprochen werden.

#### 13.5 Herr Prof. Creutziger:

- bezieht sich auf den gefassten Beschluss Nr. 31/321/22 „Schulentwicklungsplan Eberswalde – Grundschulen“ und fragt nach dem aktuellen Stand

Herr Herrmann teilt mit, dass die Stadt an dem Thema dran sei und im Juni 2023 eine Verwaltungsklausur geplant sei, in der dieses Thema Schwerpunkt sei. Er teilt weiter mit, dass sich Herr Schlüter sehr intensiv darauf vorbereite. Herr Herrmann bittet um Nachsicht, dass die Stadt die Beantwortung im I. Quartal 2023 nicht halten könne. Ferner müsse die Statistik noch konkretisiert werden.

#### 13.6 Herr Stegemann:

- fragt, ob die geplanten Veranstaltungen trotz der Haushaltssperre 2023 stattfinden werden; an ihn sei ein Veranstalter herangetreten, der mitgeteilt habe, dass er mit der Ausschreibung für die Technik spät dran sei; somit sei dieser Restbetrag noch offen

Herr Herrmann teilt mit, dass Veranstaltungen, zu denen bereits Verträge abgeschlossen worden seien, stattfinden werden. Jetzt müsse geprüft werden, wie der Stand bei den einzelnen geplanten Veranstaltungen sei. Es werde kritisch beurteilt, jedoch solle das Stadt- und Vereinsleben weiterhin stattfinden. Da die Verhängung der Haushaltssperre 2023 ganz aktuell sei, gebe es derzeit viele Fragen, die zu prüfen und beantworten gelte.

#### 13.7 Herr Walter:

- bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Prof. Creutziger und merkt an, dass die Stadt verschiedene Möglichkeiten gehabt habe, über den aktuellen Stand eines möglichen neuen Grundschulstandortes zu informieren

Herr Herrmann teilt mit, dass dieses Thema mitgenommen werde.

- ist der Ansicht, dass die Haushaltssperre nicht für alles herhalten solle und merkt dazu an, dass die Darlegungen von Herrn Berendt zur Haushaltssperre in eine unklare Zukunft blicken lasse; er bittet die Verwaltung, dass Vereine, Initiativen, Unternehmerinnen und Unternehmer über die Haushaltssperre, z. B. über die Internetseite der Stadt Eberswalde, informiert werden, damit Klarheit herrsche

Herr Herrmann teilt mit, dass dieses Thema mitgenommen werde.

- fragt nach dem aktuellen Stand des Kranbau Eberswalde

Herr Herrmann teilt mit, dass er hierüber im nichtöffentlichen Teil berichten werde.

#### 13.8 Herr Zinn:

- bittet, durch das Rechtsamt deutlich formulieren zu lassen, was die Aufgaben der Vorsitzenden der Fachausschüsse bzw. des Vorsitzenden der StVV sind und was diese unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen der/des Vorsitzenden“ vortragen können oder was dort überhaupt nichts zu suchen habe; zum Hintergrund seiner Bitte erklärt Herr Zinn, dass er es jetzt das zweite Mal erlebt habe, dass dieser Tagesordnungspunkt von einer Vorsitzenden bzw. einem Vorsitzenden des gleichen Wahlträgers missbraucht worden sei, um redaktionelle Freiheiten der Märkischen Oderzeitung zu kommentieren; dies sei in einem der beiden Fälle so weit gegangen, dass seiner Fraktion vom Fachausschussvorsitzenden sogar indirekt empfohlen worden sei, doch andere Vertreter als ihn in den Ausschuss zu schicken, was keinem Vorsitzenden zustehe;
- ist der Ansicht, dass, wenn Frau Fellner meine, sie müsse per Telefon sagen, welchen Kollegen aus der Fraktion sie nicht zu einer Beratung der Fraktionsvorsitzenden dabei haben wolle, dies kein guter Stil sei, aber er würde dies heute Abend nicht näher kommentieren wollen

Herr Hoeck schließt die öffentliche Sitzung um 22:49 Uhr.

gez. Martin Hoeck  
Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung

gez. D. Wurmsee  
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

**Sitzungsteilnehmer/innen:**

- **Bürgermeister**  
Götz Herrmann
  
- **SPD | BFE**  
Kurt Fischer  
Katja Lösche  
Hardy Lux  
Dr. Hans Mai ab 19:44 Uhr anwesend  
Eckhard Schubert  
Thomas Stegemann  
Isabell Sydow  
Ringo Wrase
  
- **DIE LINKE.**  
Sabine Büschel  
Irene Kersten entschuldigt  
Volker Passoke  
Katharina Walter ab 20:24 Uhr per Videozuschaltung  
Sebastian Walter
  
- **CDU**  
Stefan Grohs  
Uwe Grohs  
Danko Jur ab 18:04 Uhr anwesend  
Dietmar Ortel
  
- **FDP | Bürgerfraktion Barnim**  
Frank Banaskiewicz  
Simone Blum  
Martin Hoeck  
Götz Trieloff
  
- **Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenentschaft**  
Ronny Hiekel  
Viktor Jede  
Christian Mertinkat  
Carsten Zinn

- **Bündnis 90/Die Grünen**  
 Prof. Johannes Creutziger  
 Johanna Funk ab 18:04 Uhr anwesend  
 Karen Oehler  
 Torsten Wiebke ab 18:04 Uhr anwesend
  
- **Alternative für Deutschland**  
 Florian Eberhardt  
 Thomas Krieg  
 Tilo Weingardt
  
- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**  
 Oskar Dietterle per Videozuschaltung  
 Mirko Wolfgramm
  
- **Die Mitte**  
 Heinz-Dieter Parys ab 18:13 Uhr anwesend  
 Sabrina Parys ab 18:13 Uhr anwesend
  
- **Ortsvorsteher/in**  
 Helmut Herold
  
- **Dezernent/in**  
 Maik Berendt  
 Anne Fellner  
 Prof. Dr. Jan König  
 Bernd Schlüter
  
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**  
 Dr. Charlotte Canditt
  
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**  
 Paulina Ostrowska  
 Stefan Prescher  
 Heike Schindler  
 Sarah Schmidt
  
- **Gäste**  
 Stephan Lampe